

# themendienst 1

## didacta 2009

Hannover 10.–14.2.2009

Der „didacta – die Bildungsmesse“ liegt ein umfassendes Konzept zu Grunde, das Lehren und Lernen in allen Lebensphasen beinhaltet. Vom Kindergarten über Schule/Hochschule, Ausbildung/Qualifikation bis hin zu Weiterbildung/Beratung zeigt die didacta das Zusammenspiel der Bildungsbereiche, deren Inhalte und Methoden immer stärker ineinander greifen.



www.didacta-hannover.de



### INTERVIEW

#### „Bund und Länder müssen zusammenarbeiten“

■ Um die Quote der Schulabbrecher deutlich zu reduzieren, müssen Bund und Länder zusammenarbeiten, erklärt die scheidende Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) und saarländische Bildungsministerin, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU).

► SEITE 2

### KINDERGARTEN/VORSCHULE

#### Computer im Kindergarten?

■ Kindergärten und Grundschulen ohne elektronische Medien fordert der Ulmer Hirnforscher Professor Spitzer. Die Medien gehören in jeden Kindergarten, der auf die Lebenswelt der Kinder Bezug nimmt, kontert der Mainzer Medienpädagoge Professor Aufenanger.

► SEITE 3

■ Krippenausbau und mehr Qualität in der Kita: Wo sind die Erzieherinnen? ..... 4



### SCHULE/HOCHSCHULE

#### Der Trend zur Privatschule

■ Privatschulen bieten dank individueller Förderung viele Vorteile, betont die Geschäftsführerin der Privatschulverbände, Julia Schier. Die PISA 2000-Studie habe keine abgesicherten Unterschiede in den Schülerleistungen öffentlicher und privater Schulen belegt, argumentiert der Essener Bildungsforscher Professor Klemm.

► SEITE 5

■ Whiteboards: Abschied von Tafel und Kreide? ..... 6

■ Deutsche Schulen: Weit weg von einer inklusiven Bildung ..... 8

■ Lehrer: Falsche Berufswahl mit fatalen Folgen ..... 9



### AUSBILDUNG/QUALIFIKATION

#### Brauchen wir wirklich mehr Akademiker ...

■ ... oder wird die Qualität der dualen Berufsausbildung unterschätzt? Pro und Kontra von Andreas Storm (MdB), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium und Professor Bosch, Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

► SEITE 10

### WEITERBILDUNG/BERATUNG

#### Pflicht und Freiwilligkeit bei Weiterbildung

■ Wer lebenslanges Lernen fordere, der müsse die entsprechenden Maßnahmen auch unterstützen, so der Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Professor Nuissl von Rein.

► SEITE 11

### SONDERTHEMA

#### Mehr MINT bitte

■ Die Förderung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik (MINT) steht seit Jahren weit oben auf der Agenda. Welche Bilanz lässt sich inzwischen ziehen?

► SEITE 12

■ Impressum ..... 13



# „Bund und Länder müssen zusammenarbeiten“

Interview mit der Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Annegret Kramp-Karrenbauer

■ Seit Anfang 2008 ist die saarländische Ministerin für Bildung, Familie, Frauen und Kultur, Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU), Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK). Gemäß den Spielregeln dieses Gremiums wird sie dieses Amt im Januar an ihren Nachfolger, den Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur von Mecklenburg-Vorpommern, Henry Tesch, abgeben. Die Bildungspolitik gehörte auch in diesem Jahr – unter anderem dank internationaler und nationaler Studien, Landtagswahlen und Bildungsgipfel – zu den „Medienstars“. Wir wollten von Annegret Kramp-Karrenbauer wissen, welche bildungspolitischen Hürden genommen wurden und was die drängendsten Fragen künftiger Bildungspolitik sind.

**Frau Präsidentin, ein kurzer Blick zurück: Welche Entscheidungen oder Weichenstellungen der KMK waren während Ihrer Amtszeit die für Sie wichtigsten?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Der politisch heikelste Beschluss war sicherlich der zur Lockerung der Stundenvorgabe für das achtjährige Gymnasium, G8. Dann war die Vorbereitung der KMK für den Bildungsgipfel sehr spannend. Für mich persönlich war der Beschluss zur Lehrerbildung der wichtigste. Dass es gelungen ist, über 16 Länder hinweg Fachprofile mit Blick auf die fachliche und die didaktische Ausbildung festzuschreiben und dass wir damit – was die inhaltliche Seite angeht – einen großen Schritt zu einer einheitlichen Lehrerbildung gegangen sind.

**Nicht zuletzt die Ergebnisse des zweiten Bildungsberichts haben wieder den Ruf nach der Abschaffung der Hauptschule laut werden lassen. In etlichen Bundesländern, unter anderem im Saarland, gibt es diese Schulform schon nicht mehr. Glauben Sie, dass sich die Schulstrukturen in den 16 Bundesländern in absehbarer Zeit annähern werden?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Es ist weniger die Frage, ob es die Hauptschule gibt oder nicht. Sondern es geht um die so genannte Risikogruppe, die es an Hauptschulen, aber auch an den anderen Schulen mit diesem Bildungsweg gibt. Die erste Aufgabe, die sich für die Länder stellt, ist also die Frage „Wie schaffen wir es, diese Risikogruppe zu minimieren?“ Allerdings glaube ich persönlich, dass wir in Zukunft eine Änderung von Schulstrukturen haben werden. Das hat weniger mit der inhaltlichen Diskussion zu tun, sondern wird eine klare Folge der demografischen Entwicklung sein. Das stellt nämlich alle Länder – früher oder später und in unterschiedlicher Intensität – vor die Frage, wie ein wohnortnahes Angebot aller möglichen Bildungsgänge aufrechterhalten werden kann. Und da sehe ich auch den größten Veränderungszug auf die Länder zukommen.

**In Ihre Amtszeit als KMK-Präsidentin fiel der Bildungsgipfel. Ein Ergebnis: Die Quote der Schulabbrecher soll halbiert werden. Kann dieses Problem überhaupt gemeinsam von Bund und Ländern in Angriff genommen werden und wie?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Es muss sogar zusammengear-

beitet werden. Wir haben es mit einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern zu tun, die einer besonderen Förderung und Begleitung bedarf, weil es häufig Kinder und Jugendliche sind, die in ihrem sozialen Umfeld nicht die Unterstützung bekommen, die sie eigentlich bräuchten. Deswegen muss man über die klassische Arbeit der Schule hinausgehen. Denn diese Kinder

haben oft von der Schule – ich sage es einmal etwas salopp – die Nase voll. Da muss man sich also fragen: Ist die intensivere Beschulung überhaupt der richtige Weg? Wir haben zum Beispiel im Saarland mit einer intensiveren Dualisierung der Schule, mit sehr vielen praktischen und berufsorientierten Anteilen gute Erfahrungen gemacht. Es geht also um eine sinnvolle Vernetzung der Schule mit der sie umgebenden Sozialarbeit, mit der Lebenssituation dieser Jungen und Mädchen. Und dafür sind alle möglichen Akteure vonnöten. Das ist sowohl der Bund, etwa dort, wo er über seine Möglichkeiten der Arbeitsverwaltung und Berufsorientierung verfügt. Das sind sicherlich die Länder mit ihrer Förderung innerhalb der Schule, auch mit ihrem Teil an Schulsozialarbeit. Das ist aber auch ganz sicher eine sinnvolle Verknüpfung mit den

Städten und Kommunen, die vor Ort für die Jugendhilfe zuständig sind. Man muss also ein Gesamtkonzept stricken und deswegen ist es keine Frage, ob Bund und Länder dort gemeinsam arbeiten können, denn sie müssen zusammenarbeiten, sonst kriegen wir das Problem nicht in den Griff.

**Welche weiteren Aufgaben wird die KMK in den kommenden Jahren anpacken?**

**Annegret Kramp-Karrenbauer:** Die drei Vorsitzländer, Saarland jetzt, Mecklenburg-Vorpommern für das nächste Jahr und Bayern für das übernächste Jahr haben sich auf einen Drei-Jahres-Katalog verständigt. Darin ist die frühkindliche Bildung ein ganz wichtiger Bereich, dann das Thema Durchlässigkeit – also die Baustelle, an der wir jetzt schon arbeiten. Außerdem das Thema Berufliche Bildung. Da sitzen wir ja zurzeit am deutschen Qualifikationsrahmen und gemeinsam mit den Paktpartnern an der Frage, wie wir die Ausbildungsfähigkeit – und mit Blick auf die drohende Wirtschaftskrise auch das Ausbildungsplatzangebot – sicherstellen. Im Hochschulbereich stehen natürlich die Verhandlungen um den Hochschulpakt 2 an. Und außerdem hat uns der Bildungsgipfel Hausaufgaben gegeben. Wir sollen im nächsten Jahr berichten, mit welchen Mitteln wir die Ziele, die dort festgeschrieben sind, erreicht haben oder erreichen wollen. Und eine ganz wichtige Debatte, bei der die KMK zuerst einmal nicht direkt gefordert ist, aber ganz sicher miteinbezogen werden muss, wird sein: Wie realisieren wir die Zusage, die die Länder und der Bund gegeben haben, mit Blick auf die Demografierendite? Und wie realisieren wir schließlich die Zusage, dass bis zum Jahr 2015 der Anteil für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesteigert werden soll? Dazu wird es jetzt in den nächsten Monaten sicherlich viele schwierige und harte Gespräche zwischen den Ländern, aber auch der Länder mit dem Bund geben und da werden sicherlich auch die Kultusminister involviert sein.



## KINDERGARTEN/VORSCHULE

### Computer im Kindergarten: „Wir müssen draußen bleiben?“

Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer und Prof. Dr. Stefan Aufenanger im Interview

■ Es ist eine geteilte Welt: morgens der Kindergarten mit Spielzeug und Bewegungsspielen, nachmittags die Medienwelt mit Fernseher, Computer und Konsole. Wäre aber gerade der Kindergarten nicht der geeignete Ort, um diese beiden Welten zusammenzuführen? Oder sollten Kindergärten computerfreie Zonen bleiben? Das wollten wir vom Ulmer Hirnforscher Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer und vom Mainzer Medienpädagogen Prof. Dr. Stefan Aufenanger wissen.

Zu Hause ist für die meisten Kindergartenkinder die Welt auch eine Medienwelt – mit Fernseher, Computer und Konsole. Wie kann der Kindergarten darauf reagieren?

**Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer:** Fernseher, Computer und Konsole gehören nicht in den Kindergarten. Genauso wenig gehören sie ins Kinderzimmer. Wenn man sie dort findet, ist das schon schlimm genug. Der Kindergarten sollte überhaupt nicht darauf reagieren, sondern den Kindern aufzeigen, dass es Alternativen zur virtuellen Realität gibt, nämlich die reale Realität. Die kann man anfassen, riechen und schmecken, die ist widerständig und räumlich dreidimensional. Sie ist im Grunde genommen viel interessanter als der schwache Abklatsch, den Bildschirme und Lautsprecher liefern können. Dies sollen Kinder im Kindergarten erfahren und sie sollten es eigentlich auch zu Hause erfahren.

**Prof. Dr. Stefan Aufenanger:** Wenn der Kindergarten einen situationsorientierten Ansatz vertritt, der auf die Lebenswelt der Kinder Bezug nimmt, dann sollte auch dort die Medienthematik aufgegriffen werden. Dies kann so aussehen, dass Kinder mit Medien gestalten – z. B. mit einer Digitalkamera Fotos machen und diese am Computer bearbeiten –, oder dass sie zum kompetenten Umgang mit Medien, insbesondere dem Computer, pädagogisch angeleitet werden.

**Macht der frühe und angeleitete Umgang mit den Neuen Medien – etwa in Kindergarten und Grundschule – die Kinder kompetenter und kritischer im Umgang mit Medien oder schadet diese frühe Mediennutzung?**

**Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer:** Es gibt keine einzige Studie, die belegt, dass Kinder, die früh Medien konsumieren hierdurch kompetenter werden. Das Gegenteil ist der Fall: Sie werden gleichsam „angefixt“, wie dies bei frühem Drogenkonsum auch der Fall ist und dadurch umso empfänglicher für spätere Sucht. Die beste Medienkompetenz hat derjenige, der in Kindergarten, Grundschule und vielleicht sogar auch in der Sekundarstufe 1 die Medien überhaupt nicht nutzt, sondern vielmehr eine solide Grundbildung erhält: ein oder zwei Instrumente spielt, sich körperlich fit hält, z. B. im Sportverein und soziale Kontakte hat. Bildschirmmedien, dies ist nachgewiesen, stören diese gesunde Entwicklung von Kindern. Sie machen dick, dumm und gewalttätig (hierzu gibt es jeweils Studien, die man nicht sinnvoll anzweifeln kann). Wer anderes behauptet, der hat die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die wir zur Mediennutzung durch Kinder haben, nicht zur Kenntnis genommen.

**Prof. Dr. Stefan Aufenanger:** Internationale Studien zeigen, dass der frühe Umgang mit dem Computer im Kindergarten keinen negativen Effekt zeigt, man sollte sich aber auch nicht zu viel davon versprechen, d. h., dass die Lerneffekte auch nicht besonders groß sind.



PRO  
Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer



CONTRA  
Prof. Dr. Stefan Aufenanger

**Wie können Erwachsene – Erzieherinnen und Eltern – die Mediennutzung der Kinder im Vorschulalter begleiten oder steuern?**

**Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer:** Erwachsene sollen die Mediennutzung im Kindergarten nicht begleiten. Sie sollen dafür sorgen, dass keine Medien genutzt werden! Noch einmal: Das Gerede von sinnvoller Begleitung und Kompetenzentwicklung etc. entbehrt jeder wissenschaftlichen Grundlage. Demgegenüber wissen wir, dass gerade der frühzeitige Medienkonsum zu Aufmerksamkeitsstörungen und Sprachentwicklungsstörungen sowie Intelligenzminderung und vermehrter Aggressivität beiträgt. Diese Daten sind gesichert. Die Erwachsenen können ihren eigenen Medienkonsum deutlich einschränken, um damit nicht dem Kind als Vorbild zu dienen. Das ist der größte Beitrag, den sie leisten können.

**Prof. Dr. Stefan Aufenanger:** Zwei Dinge erscheinen mir bei der Mediennutzung von jungen Kindern wichtig: dem Medienkonsum Grenzen setzen, also festlegen, wie lange ferngesehen oder am Computer gespielt werden darf, und Unterstützung bei der Mediennutzung durch Erwachsene, also dabei sein, jedenfalls anfangs, und die Kinder nicht vollkommen alleine lassen. So haben Eltern auch die Möglichkeit, Gespräche über Medien zu führen und sie lernen das kennen, was die Kinder an und in den Medien lieben.

**Prof. Dr. Stefan Aufenanger:** Zwei Dinge erscheinen mir bei der Mediennutzung von jungen Kindern wichtig: dem Medienkonsum Grenzen setzen, also festlegen, wie lange ferngesehen oder am Computer gespielt werden darf, und Unterstützung bei der Mediennutzung durch Erwachsene, also dabei sein, jedenfalls anfangs, und die Kinder nicht vollkommen alleine lassen. So haben Eltern auch die Möglichkeit, Gespräche über Medien zu führen und sie lernen das kennen, was die Kinder an und in den Medien lieben.

**Neue Medien in Schulen sind inzwischen in allen vergleichbaren Industrieländern die Norm, auch wenn sie unterschiedlich intensiv genutzt werden. Wie lange können Kindergärten überhaupt noch computerfreie Zonen bleiben?**

**Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer:** Keine einzige Studie hat bislang belegt, dass durch die Mediennutzung in den Schulen Bildungsprozesse insgesamt gebessert werden. Wir haben jedoch eine Reihe von Studien, die zeigen, dass, wenn beispielsweise ein Zwölfjähriger zusätzlich einen Computer hat, seine Leistungen in der Schule abnehmen. Ihre Frage setzt voraus, dass es eine unaufhaltsame Tatsache sei, dass die Medien einen breiten Lebensraum selbst der kleinsten Kinder einnehmen. Dieser Propaganda sollten wir uns mutig und beherzt entgegenstellen, denn es geht hier um unsere Kinder, deren Gehirne durch die Medien nicht zugemüllt werden dürfen. Genau dies geschieht derzeit jedoch flächendeckend. Das Beste, was Erwachsene im Hinblick auf den Medienkonsum von Kindern tun können, ist, die Dosis soweit wie möglich zu reduzieren. Alles andere ist dummes Gerede!

**Prof. Dr. Stefan Aufenanger:** Viele Kindergärten haben inzwischen Computer angeschafft und integrieren sie auch in ihre pädagogische Arbeit. Ich sehe es nicht als zwingend an, dass Kindergärten mit Computern ausgestattet werden. Dies sollte vom Engagement der Erzieherinnen und ihren pädagogischen Konzepten abhängig sein.

# Krippenausbau und mehr Qualität in der Kita: Wo sind die Erzieherinnen?

## Experten rechnen mit einem Erzieherinnennotstand

■ „Das Kinderförderungsgesetz setzt Meilensteine in Deutschland – für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und für mehr Bildung unserer Kinder“, so hatte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen im November die Zustimmung des Bundestages zum Kinderförderungsgesetz (KiföG) begrüßt. Darin hatten sich Bund, Länder und Kommunen geeinigt, 750 000 zusätzliche Betreuungsangebote für Kleinkinder bis zum Jahr 2013 einzurichten. Doch Experten warnen bereits, dass Deutschland mit diesem hochgesteckten Ziel auf einen Erzieherinnennotstand zusteuere. Denn für die 750 000 Plätze sind 50 000 zusätzliche Erzieherinnen notwendig, wie der Nationale Bildungsbericht jüngst vorgerechnet hat.

Prof. Dr. mult. Wassilios E. Fthenakis sieht die Lage sogar noch dramatischer. „Wir steuern nicht auf einen Erziehermangel zu, wir haben ihn bereits. Es gibt nicht genügend Fachkräfte, die die Bildungsprozesse der Kinder unter drei Jahren ausreichend qualifiziert organisieren können. Insofern ist das keineswegs ein Trend, der eintreffen wird, sondern bereits heute Realität“, so der ehemalige Direktor des Staatsinstituts für Frühpädagogik in München und Präsident des Didacta-Verbandes der Bildungswirtschaft.

Ähnlich formuliert es auch der Jugendhilfeexperte der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Norbert Hocke. „Parallel zur Ausbaquote wird in den nächsten vier, fünf Jahren ein Großteil der Erzieherinnen in den neuen Bundesländern in Rente gehen. Das bedeutet, dass wir zusätzlich zu den 50 000 Erzieherinnen, die für die Ausbaquote vorgesehen sind, weitere 20 000 bis 30 000 Kolleginnen brauchen.“ Außerdem gibt er zu bedenken, dass in zunehmendem Maße Erzieherinnen in der Ganztagschule benötigt werden. „Die sind in dieser Rechnung noch nicht drin.“ Deswegen fordert Hocke eine „Werbeoffensive“ für den Beruf der Erzieherin. „Es ist ein Zukunftsberuf, und die Offensive müsste an drei Ebenen ansetzen: Sie muss den Beruf durch bessere Rahmenbedingungen und Bezahlung attraktiver machen, bei der Ausbildung müssen die Hochschulen viel intensiver mit ins Boot genommen werden und dazu müssen Menschen, die aus anderen Berufen kommen und gern Erzieher werden möchten, berufsbegleitende Ausbildungsangebote bekommen.“

Eine Erzieherinnenausbildung dauert derzeit vier bis fünf Jahre, je nach Ausbildungsgang. Wenn also in fünf Jahren mindestens 50 000 zusätzliche Erzieherinnen verfügbar sein sollen, muss jetzt dringend gehandelt werden. Das bestätigt auch der Direktor des Deutschen Jugendinstituts, Prof. Dr. Thomas Rauschenbach, der allerdings durchaus noch Chancen für das ehrgeizige Ziel sieht. „Ich glaube, es ist machbar, aber es bedarf einer politischen Kraftanstrengung“, erklärt er. Rauschenbach wartet auch mit konkreten Vorschlägen auf. So müsste überlegt werden, wie die Bundesagenturen für Arbeit gezielt junge Frauen und Männer für diesen Beruf anwerben können oder weitere Klassen an den Fachschulen angeboten und die Studiengänge an den Fachhochschulen ausgebaut werden können. Außerdem, so Rauschenbach, sollte darüber nachgedacht werden, wie die nichtberufstätigen ausgebildeten Erzieherinnen wieder in den Beruf zurückkehren können. „Man könnte zum Beispiel ein Programm ‚In den Beruf ab 40‘ auflegen und sagen: Ihr bekommt von uns



kostenlos ein Wiedereinstiegsprogramm“, schlägt der Erziehungswissenschaftler vor. Es gebe also viele Wege, die Politik müsste sie nur einschlagen. Gleichwohl ist Rauschenbach skeptisch: „Die Wege werden bislang nicht genutzt“.

Die Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hingegen gibt sich optimistisch. „Mein Ziel ist es, nicht nur mehr sondern vor allem mehr gute Betreuungsplätze zu schaffen. Die Förderung eines Kindes, ob in der Kita oder bei einer Tagesmutter, ist immer nur so gut, wie die dahinterstehenden Personen. Wir haben in Deutschland genug Menschen, die das Rüstzeug für diese verantwortungsvolle und schöne Aufgabe mitbringen. Allein im Oktober 2008 waren knapp 100 000 Menschen mit pädagogischem Hintergrund im frühkindlichen Bereich arbeitslos oder arbeitssuchend gemeldet. Mein Ziel ist, möglichst viele davon für die guten Berufsperspektiven im rasant wachsenden Markt der Kindertagespflege zu begeistern. Die Qualität muss dabei für alle Seiten stimmen.“

Qualität ist auch das entscheidende Stichwort für Professor Fthenakis, der dort allerdings erheblichen Nachholbedarf sieht. „Wir brauchen eine Reform der Erzieherqualifikation, die sowohl das Niveau als auch die Qualität anheben sollte. Das Niveau muss den europäischen Standards angepasst werden. Ganz besonders aber muss man auf die Qualität achten, denn die derzeitige Qualifizierung der Fachkräfte wird nicht den Herausforderungen gerecht, die sich aus der Umsetzung der Bildungspläne ergeben. Das heißt, eine hohe Bildungsqualität für alle Kinder in allen Einrichtungen bereitzustellen.“

Bislang haben in Deutschland nur rund drei Prozent der Erzieherinnen einen Hochschulabschluss, wie jüngst der „Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme“ der Bertelsmann Stiftung berechnet hat. Und jetzt sollen gleichermaßen die Qualität der Ausbildung verbessert und die Anzahl der Erzieherinnen gesteigert werden? Ein mehr als ehrgeiziges Ziel. Der Gewerkschafter Norbert Hocke fürchtet daher eher, dass Kitas bald ungelerntes Personal einstellen müssen.

## SCHULE/HOCHSCHULE

### Der Trend zur Privatschule Sind staatliche Schulen wirklich schlechter?

■ **Private oder staatliche Schule?** Diese Frage stellen sich immer mehr Eltern, wenn es um die Schulwahl für ihre Kinder geht. Steigt der Anteil der Privatschüler also rasant und sind sie wirklich besser als die von staatlichen Schulen? Das wollten wir von der Bundesgeschäftsführerin des Verbands Deutscher Privatschulverbände, Julia Schier, und vom Essener Bildungsforscher, Professor Dr. Klaus Klemm, wissen.

Seit geraumer Zeit berichten die Medien von einem Privatschul-Boom in Deutschland – warum werden Bildungsangebote in privater Trägerschaft immer beliebter bei Eltern (und Schülern)?

**Julia Schier:** Die anhaltende Bildungsdebatte in der Öffentlichkeit hat dazu geführt, dass sich Eltern verstärkt über die Ausbildung ihrer Kinder Gedanken machen: Sie suchen immer häufiger nach Schulen, die ihren Kindern in deren indi-



Julia Schier

viduellen Anlagen und Talenten gerecht werden und diese persönlich fördern. Freie Schulen mit ihren differenzierten pädagogischen, weltanschaulichen und an den Bedürfnissen der Schüler orientierten Profilen können hier ein besonders vielfältiges Angebot machen.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Ein Blick auf die Entwicklung relativiert das Bild, das die Medien bieten: 1992 – von da an liegen Daten für Deutschland insgesamt vor – besuchten 4,8 Prozent aller Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende Schulen in privater Trägerschaft, 2006/07 taten dies 7,0 Prozent. Das ist doch eine eher mäßige Steigerung, die das Aufsehen, das dieses Thema erfährt, kaum rechtfertigt!

**Gibt es wissenschaftliche Belege dafür, dass Privatschulen in Deutschland besser sind als öffentliche Schulen?**

**Julia Schier:** Unserer Ansicht nach gibt es kein „Besser“ oder „Schlechter“ im Vergleich von staatlichen und freien Schulen. Wir glauben aber, dass Privatschulen aufgrund ihrer oft innovativen pädagogischen Konzepte und ihrem Ansatz, Schüler möglichst individuell zu fördern, ihren Schülern hinsichtlich deren Lernbiografien viele Vorteile bieten. Interessant ist auch die Untersuchung der letzten PISA-Ergebnisse, nach denen es insbesondere bei Haupt- und Realschulen Signifikanzen hinsichtlich der Schülerleistung an Privatschulen gab.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Analysen der Datensätze der PISA 2000-Studie haben gezeigt, dass es zwischen den Schülerleistungen öffentlich und nicht öffentlich getragener Schulen keine zufallskritisch abgesicherten Unterschiede gibt. Wenn man Schulen mit einer sozial vergleichbaren Schülerschaft gegenüberstellt, so erweisen sich ‚private‘ Realschulen in Mathematik, Naturwissenschaften und im Leseverständnis leicht, aber eben nicht signifikant überlegen. Bei den Gymnasien sind die öffentlichen Schulen den privaten in Mathematik und Naturwissenschaften (ebenfalls nicht signifikant) überlegen, im Leseverständnis unterscheiden sie sich nicht.

**Werden Bildungschancen in Deutschland durch Privatschulen noch ungerechter verteilt – nach dem Motto: Die Wohlhabenden können sich bessere Bildung kaufen, der Rest muss sehen, wie er zurechtkommt?**

**Julia Schier:** Nein. Schulen in freier Trägerschaft sollen und müssen allgemein zugänglich sein; das verlangt auch das Grundgesetz. Daher erhalten allgemeinbildende Ersatzschulen einen staatlichen Fi-



Prof. Dr. Klaus Klemm

nanzausgleich und dürfen nur ein sozial verträgliches Schulgeld erheben (in manchen Bundesländern gar keins). Leider ist dieser Finanzausgleich in den meisten Fällen zu niedrig angesetzt. Um ihre Kosten zu decken, müssen die Schulen dann ein teilweise zu hohes Schulgeld erheben. Der VDP fordert schon seit Langem, den staatlichen Finanzausgleich flächendeckend auf ein ausreichendes Niveau zu heben, um die allgemeine Zugänglichkeit von Bildung zu gewährleisten.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Diese Sorge ist nicht begründet – zumal nicht alle Privatschulen Gebühren erheben.

**In vielen vergleichbaren Ländern sind Privatschulen so selbstverständlich wie staatliche Angebote. Sind sie auch in Deutschland auf dem Weg zu dieser gesellschaftlichen Anerkennung und können beide Formen sogar voneinander lernen?**

**Julia Schier:** Privatschulen bereichern das Schulwesen, entwickeln alternative und zusätzliche Angebote und gewährleisten eine lebendige Konkurrenz. Von diesem Wettbewerb profitiert auch das staatliche Schulwesen, das immer wieder erfolgreiche Beispiele aus dem privaten Schulwesen übernommen hat.

**Prof. Dr. Klaus Klemm:** Die Privatschulen müssen auch in Deutschland nicht um ihre Anerkennung kämpfen. Verweise auf andere Länder sind wenig hilfreich. In Frankreich zum Beispiel, wo Religion seit der Revolution von 1789 aus den öffentlichen Schulen verbannt ist, kann man sein Kind nur dann religiös erziehen lassen, wenn man es auf eine private Schule schickt. Eine solche Konstellation schafft im Vergleich zu Deutschland eine andere Nachfragesituation.

#### Privatschulen

4.711 Privatschulen gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Schuljahr 2006/07 in Deutschland: 2.867 allgemeinbildende und 1.844 berufsbildende Schulen. Das entspricht 7,9 Prozent aller allgemeinbildenden Schulen in Deutschland bzw. 21 Prozent aller berufsbildenden Schulen. Im Schuljahr 2006/07 besuchten 656.186 Schüler (7 Prozent) eine allgemeinbildende Privatschule, 235.707 (8,5 Prozent) eine berufsbildende Schule. Die Zahl der Privatschulen in Deutschland hat in den vergangenen Jahren zugenommen: Im allgemeinbildenden Bereich stieg sie von 1995 bis 2006 um 35,5 Prozent (Schüler: 34,8 Prozent) und im berufsbildenden Bereich um 30,0 Prozent (Schüler: 65,1 Prozent). Trotzdem liegt Deutschland damit weit hinter den meisten europäischen Nachbarländern. In Dänemark besuchten z. B. nach Angaben der Europäischen Union im Schuljahr 2001/02 bereits 11,1 Prozent der Schüler eine allgemeinbildende Privatschule in freier Trägerschaft, in Frankreich 21 Prozent und in den Niederlanden sogar 76,3 Prozent.



## Whiteboards: Abschied von Tafel und Kreide?

Im Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte in Oldenburg gehören die multimedialen Tafeln zum Schulalltag

■ Freitagmorgen, acht Uhr. Die zehn Schüler der sechsten Klasse haben ihre Senteo Clicker aus dem Klassenkoffer geholt. Auf der elektronischen Wandtafel, dem interaktiven Whiteboard, stehen zehn Matheaufgaben. Lehrerin Gundel Döhner startet die Stoppuhr unten rechts auf dem Board. „Viereinhalb Minuten Zeit habt ihr“, erinnert sie ihre Schüler. Die arbeiten aber schon konzentriert an ihren Geräten. „Kopfrechnen mal etwas anders“, erklärt die Klassenlehrerin, die zu Beginn ihres Mathematikunterrichts gern diese Geräte „zum Aufwärmen“ einsetzt. Die Clicker sehen aus wie etwas zu groß geratene Handys mit 21 Eingabetasten und einem gut lesbaren Display. Jedes Kind meldet sich mit seiner ID-Nummer an und schon schreibt das System die Ergebnisse mit. Nach den viereinhalb Minuten hat Gundel Döhner sofort die Auswertung über die Leistung der gesamten Klasse, kann aber gleichzeitig auch den Lernfortschritt jedes einzelnen Schülers über einen längeren Zeitraum verfolgen. Sie nutzt die Handhelds auch für anonymisierte Umfragen. Neulich erst hat sie die Kinder auf diese Weise zu ihrem Medienkonsum befragt.

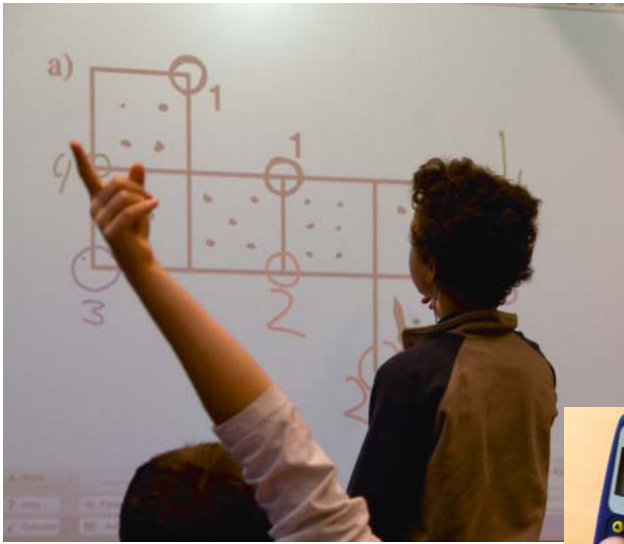
### Bald alle Klassen ausgestattet

240 Kinder und Jugendliche besuchen das Landesbildungszentrum für Hörgeschädigte in Oldenburg, von der ersten bis zur zehnten Klassenstufe. Moderne Technik und Implantate machen es möglich, dass die meisten der Schüler mehr oder minder gut hören können. Gegebenenfalls wird im Unterricht unterstützend auch die Gebärdensprache eingesetzt. Außerdem sind alle Klassenzimmer immer hell erleuchtet, damit die Kinder vom Mund ablesen können. „Eine besondere Herausforderung für die

Whiteboards, die auch unter diesen Lichtverhältnissen noch gut lesbar sein müssen“, erklärt Gundel Döhner. Die Fachleiterin für Medien und neue Technologien stand den neuen multimedialen Tafeln anfangs skeptisch gegenüber. Erst als der Schulleiter vor zwei Jahren begeistert von der didacta zurückkehrte und berichtete: „Ich habe tollen Erdkundeunterricht gesehen, da konnte man an der Tafel die Länder verschieben ...“, recherchierte sie, verglich die verschiedenen Systeme und testete schließlich das erste Board in ihrer Schule. Mittlerweile sind 19 Klassen damit ausgestattet, die restlichen zehn werden in den kommenden Jahren folgen. Die neue Technik hat sich „in einem nicht mehr so ganz jungen“ Kollegium offensichtlich durchgesetzt. Dabei hat Gundel Döhner auch auf Qualität geachtet: leistungsfähige PCs sowie hochwertige Boards und Drucker. Da kostet eine Klassenausstattung schon mal 6.000 Euro.

### Schüler entdecken Kunst

Unterdessen hat in der achten Klasse der Kunstunterricht begonnen. Michael Störmer präsentiert am Whiteboard ein den Kindern unbekanntes Bild: „Akt, eine Treppe herabsteigend“ des französischen Malers Marcel Duchamp aus dem Jahre 1912. Was erkennen die Schüler in dem abstrakten Bild? „Eine Figur“, ruft Gerrit, geht ans Whiteboard, nimmt einen roten Stift und malt die Umriss der Figur auf das Bild. Jessica hat jetzt eine Treppe entdeckt und malt sie mit einem grünen Stift nach. Andere Schüler finden noch mehr Treppen, noch mehr Figuren und zeichnen sie auf das Bild. Jetzt schiebt Michael Störmer das ursprüngliche Bild einfach auf die rechte Seite des großen Bildschirms. Auf der linken Seite sind jetzt nur Zeichnungen der Schüler zu sehen. Schnell ▶



können nun alle erkennen, dass auf dem Bild ein Bewegungsablauf dargestellt ist. Die Ergebnisse speichert der Kunstlehrer ab, damit er in der nächsten Stunde an dieser Stelle weiterarbeiten kann. Dann wird es auch darum gehen, im Internet über den Maler zu recherchieren – natürlich mit dem Whiteboard.

### Wichtig: die Visualisierung

Die ständige Verfügbarkeit auch vergangener Unterrichtsinhalte ist für Gundel Döhner eine der Stärken dieser Technik. Sie legt zu jeder Unterrichtseinheit eine Datei mit einem eindeutigen Namen an, etwa „Fabeln“. „Und wenn wir zwei Wochen später überlegen: Was war eigentlich mit der Maus in der Fabel? Dann mache ich ‚Klick‘ und die Fabel ist wieder da. Schüler sagen ja gern: ‚Das haben wir nie gemacht, darüber haben wir nie gesprochen.‘ Das geht jetzt nicht mehr – wir haben immer den Beweis.“ Auch Merksätze oder Regeln hat Gundel Döhner auf dem Board immer griffbereit und kann sie jederzeit sichtbar machen.

Gerade bei Hörgeschädigten ist es wichtig, alles zu visualisieren, erklärt die Sonderschullehrerin. Und das ist mit einem Board im Nu möglich. Letztes erst im Deutschunterricht bei Moby Dick und der Walfängerinsel Nantucket. „Da sind die Kinder mit Google Earth eben mal von Oldenburg vor die Nordost-Küste der Vereinigten Staaten ‚geflogen‘.“

### Die alte Tafel hat nicht ausgedient

Jan Koop arbeitet in seiner Grundschulklasse auch mit dem Whiteboard. Bevor er mit seinen Schülern kürzlich die Polizei besuchte, haben die Kinder alle Stationen, an denen der Bus hält, wahllos an das Whiteboard geschrieben. Anhand eines normalen Busplans konnten sie dann die Stationen in die richtige Reihenfolge sortieren. Eine Aufgabe, bei der auch Kinder mit mangelnden Schreibkenntnissen Erfolg hatten.

„Das Whiteboard ist ein Medium unter vielen, mit denen ich im Schulalltag arbeite. Ich möchte es nicht wieder hergeben, ebenso wenig allerdings auch die gute alte Tafel“, betont Jan Koop. Manches geht mit Tafel und Kreide eben doch besser. „Die Kinder schreiben zum Beispiel den Tagesplan auf die normale Tafel. Der ist dort dann den ganzen Tag über sichtbar. Aber auch im Unterricht, wenn ich zum Beispiel das Geodreieck einführe, nehme ich zunächst das „echte“ Dreieck in die Hand und arbeite damit an der klassischen Tafel. Später erst folgt das virtuelle Dreieck.“

### Digital, aber frontal?

Eine gute Mischung also aus neuen und alten Medien. Das gilt auch

für die Unterrichtsformen. Denn, so Gundel Döhner, „die Gefahr ist, dass man zu sehr auf Frontalunterricht setzt, den Unterricht also zu stark auf diese Tafel konzentriert. Man muss immer wieder vom Board wegkommen und in die Gruppenarbeit, in die Partnerarbeit zurückgehen.“ Natürlich kann es auch hin und wieder Probleme mit der Technik geben, wenn zum Beispiel ein Programm abstürzt. Aber das kommt erfahrungsgemäß relativ selten vor. Klar ist außerdem, dass die Lehrkräfte fit am Computer und schließlich auch fit im Umgang mit dem Whiteboard sein müssen. Einarbeitungszeit und Schulungen sind also notwendig.

Was rät die Expertin anderen Kollegen, die sich für die multimedialen Tafeln interessieren? „Einfach mal eine Unterrichtsstunde

– etwa bei uns – anschauen oder ein Besuch auf der didacta.“ Denn dort werden Lehrer bei den verschiedenen Whiteboard-Anbietern wieder demonstrieren, wie dieser multimediale Unterricht abläuft. „Im letzten Jahr waren wir mit 15 Kollegen auf dem Stand – und hatten immer viel zu tun“, berichtet Gundel Döhner von ihren Präsentationen auf der Messe.

Für die Schüler gehören die Whiteboards längst zur Normalität. Ja, sie finden sie gut, aber sind sie etwas Besonderes? Eigentlich nicht. „Doch“, fällt

einem Schüler ein, „an Fasching haben wir damit Karaoke gemacht.“ Dazu wurde kurzerhand die Playstation angeschlossen – denn auch das geht – und schon hatte sich das Klassenzimmer in ein Gesangsstudio verwandelt. „Die Kinder hatten einen Heiden Spaß“, erinnert sich die Lehrerin.



Ein interaktives Whiteboard besteht aus einem berührungsempfindlichen Bildschirm in der Größe einer Wandtafel, einem PC und einem Beamer. Diese drei Geräte sind untereinander verbunden, wobei der PC die Daten liefert, der Beamer die Bilder und das Whiteboard die interaktive Arbeitsoberfläche. Empfehlenswert ist außerdem die Vernetzung mit einem Drucker. Mit dem Whiteboard können verschiedene Dateien wie Textdokumente und Bilder, aber auch Videos, CD-ROMs, DVDs oder das Internet genutzt werden. Interaktiv bedeutet, dass Schüler und Lehrer am berührungsempfindlichen Bildschirm mit diesen Dokumenten arbeiten, sie verschieben, kennzeichnen oder eigene Texte per Handschrift ergänzen können.

In Großbritannien sind bereits 60 Prozent aller Klassenräume mit interaktiven Whiteboards ausgestattet, in Deutschland weniger als fünf Prozent. Ähnlich sieht es in Österreich auf. Die Niederlande, Dänemark und Tschechien treiben derzeit die Ausstattung voran. Es gibt verschiedene Hersteller von interaktiven Whiteboards. Auf der didacta 2009 in Hannover präsentieren sie sich in Halle 15.

Die Schulbuchverlage haben bereits begonnen, spezielle Inhalte für Whiteboards zu entwickeln. So arbeitet etwa Cornelsen mit allen Herstellern zusammen und hat eine Reihe von Produkten zur Zertifizierung eingereicht. Schon jetzt ist bisherige Unterrichtssoftware für Englisch oder Chemie an den Boards einsetzbar. Auch die Whiteboard-Materialien von Klett sind nicht speziell für einen Anbieter konzipiert, sondern können übergreifend verwendet werden. Die Verlagsgruppe Westermann bietet ebenfalls unterschiedliche Materialien für den Einsatz mit den verschiedenen Whiteboards an, dazu gehören der Diercke Weltatlas und der Diercke Globus.

# Deutsche Schulen: Weit weg von einer inklusiven Bildung

## Nur die wenigsten Kinder mit Förderbedarf gehen in eine Regelschule

■ Vor mehr als 30 Jahren starteten in Deutschland die ersten Schulversuche mit den so genannten Integrationsklassen, in denen nichtbehinderte und behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet wurden. Lehrer, Eltern und Wissenschaftler hatten sich engagiert und erfolgreich für das gemeinsame Lernen eingesetzt. Doch im März 2007 musste UN-Bildungsinspektor Vernor Muñoz in seinem Bericht feststellen, dass das deutsche Schulsystem die Chancengleichheit von Behinderten nicht gewährleistet. Das Konzept der Integration habe nicht verhindert, dass die meisten dieser Kinder gezwungen seien, Sonderschulen zu besuchen – auch gegen den Willen ihrer Eltern.

In Deutschland wird also noch immer die Mehrzahl der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Sonder- oder Förderschulen unterrichtet, laut Angabe der Kultusministerkonferenz sind es 86 Prozent. Warum hat sich also in den vergangenen 30 Jahren so wenig getan? „Es hat sich etwas getan“, erklärt die Projektleiterin der Bundesarbeitsgemeinschaft „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen“, Sibylle Hausmanns. Die Elternorganisation wurde 1985 als Zusammenschluss verschiedener Landesarbeitsgemeinschaften gegründet und setzt sich für ein gemeinsames Leben und Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Beeinträchtigung ein.

Die Bilanz von Sibylle Hausmanns: „In den letzten 30 Jahren wurden alle Schulgesetze der Länder verändert. Danach ist gemeinsamer Unterricht prinzipiell möglich. Aber in sämtlichen Schulgesetzen ist der sogenannte Haushaltsvorbehalt enthalten. Das heißt, wenn Eltern gemeinsamen Unterricht wünschen, dann geht das nur, wenn die nötigen Mittel dafür vorhanden sind. Das geht im Wesentlichen aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1997 hervor, in dem das Gericht bestätigt hat, dass die Länder im Rahmen ihrer Gemeinschaftsaufgaben abwägen müssen, wofür sie wie viel Geld ausgeben.“ Längst aber haben Untersuchungen belegt, dass der gemeinsame Unterricht keineswegs teurer ist als die getrennte Beschulung.

Gleichwohl gibt es in Deutschland Bundesländer mit einer hohen Integrationsquote und solche, bei denen nur fünf Prozent der Förderschüler eine Regelschule besuchen. „Wir können sagen, da, wo Schulen besonders selektiv sind, wo sie in erster Linie ihre Aufgabe darin sehen, Kinder zu kategorisieren und in Schubladen zu packen, da funktioniert Integration schlecht. Da, wo Schulen gewohnt sind, Kinder als Individuen zu betrachten und jedes Kind zu fördern – und zwar nicht nur Kinder mit Förderbedarf sondern alle Kinder –, da funktioniert Integration ganz wunderbar“, führt Sibylle Hausmanns als ein entscheidendes Kriterium für diese Unterschiede an. Aber nicht alle Eltern wollen, dass ihre behinderten Kinder eine Regelschule besuchen, weil sie auf die speziellen Förderangebote und Gegebenheiten einer Sonderschule setzen. Deswegen sollten Eltern das Wahlrecht haben, so Hausmanns. „Es gibt dazu auch Beispiele aus anderen Ländern – etwa Norwegen oder Malta –, wo so verfahren wurde. Binnen weniger Jahre war das dort kein Thema mehr. Weil Eltern sehen, es funktioniert: Ich habe das Angebot, dass mein Kind in einer Regelschule unterrichtet wird, und muss nicht jahre-

lang darum kämpfen. In Malta etwa gibt es nur noch in ganz geringem Umfang Sonderschulen.“

„Integration ist kein Gnadentakt, der großzügig gewährt oder auch rechtens verweigert werden könnte; sie ist eine humane und demokratische Verpflichtung, die uns alle angeht“, schreibt der Pädagoge Prof. Dr. Hans Wocken, der mit seiner Hamburger Studie bereits im Jahr 2000 belegt hat, dass Förderschulen ihrem Namen nicht gerecht werden. Schüler verbesserten nämlich nach der Überweisung auf eine Förderschule ihre Leistungen nicht etwa, sie fielen zurück.

Möglich, dass die 2006 von der UN-Vollversammlung verabschiedete UN-Konvention zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen auch auf das deutsche Bildungswesen Auswirkungen haben wird. Die Konvention trat am 8. Mai 2008 in Kraft, nachdem sie von den ersten 20 Staaten ratifiziert worden war. Die Bundesrepublik Deutschland hat das Überein-

kommen im vergangenen Jahr unterzeichnet, der Bundestag hat die Konvention jetzt ratifiziert, und einer Zustimmung durch den Bundesrat steht auch nichts mehr im Wege. Bei der Übersetzung der Konvention ins Deutsche wurde allerdings aus dem international gebräuchlichen Begriff „Inklusion“ kurzerhand der Begriff „Integration“ gewählt, beinhaltet doch der Begriff Integration, dass die Schüler sich der

Schule anpassen, weil sie es sind, die sich integrieren müssen, während Inklusion davon ausgeht, dass die Schule sich an die verschiedenen Bedürfnisse aller Schüler anpassen muss. Sibylle Hausmanns geht davon aus, dass es eine breite gesellschaftliche Auseinandersetzung über die inklusive Schule geben wird.

„Die Konvention geht von inklusiver Bildung als Regelfall aus, das heißt, die Ausnahme muss begründet werden. Das würde bedeuten, in Deutschland gehen zukünftig Kinder mit Förderbedarf ganz normal in die Regelschule. Wenn Eltern sich für eine Sonderschule entscheiden, müssen sie dies beantragen und ihrem Antrag wird auch stattgegeben. Im Moment ist es umgekehrt, und das darf nach der Konvention nicht mehr so sein.“

Das deutsche Sonderschulwesen ist höchst ausdifferenziert. Bis zu zehn verschiedene Sonderschultypen gibt es in den einzelnen Bundesländern. Der Anteil der Sonderschüler an allen Schülern liegt bei knapp fünf Prozent. Und die wenigsten dieser Schüler beenden ihre Schullaufbahn mit einem Abschluss. So erreichten im Jahr 2006 gerade mal gut 20 Prozent den Hauptschulabschluss, während knapp 80 Prozent der Schüler die Förderschulen ohne Schulabschluss verließen, schreibt die KMK in ihrer Dokumentation „Sonderpädagogische Förderung in Schulen 1997 bis 2006“ vom April 2008. Bundesweit werden diesem Bericht zufolge 14 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen unterrichtet, wobei die Quote von Bundesland zu Bundesland stark variiert, nämlich von fünf Prozent in Niedersachsen oder sechs Prozent in Sachsen-Anhalt bis zu 32 Prozent in Schleswig-Holstein, 34 Prozent in Berlin und 45 Prozent in Bremen.



# Lehrer: Falsche Berufswahl mit fatalen Folgen

Mit Eignungstests sollen zukünftige Studenten ihre persönlichen Voraussetzungen prüfen

■ Von wegen beneidenswerter Halbtagsjobber mit voller Bezahlung, langen Ferien und gesicherter Pension: Das weitverbreitete Bild vom Lehrerdasein entspricht nicht der Realität. Vielmehr üben Lehrer einen der anstrengendsten Berufe aus. Zu diesem Schluss jedenfalls kam die im vergangenen Jahr veröffentlichte so genannte „Potsdamer Lehrerstudie“. Dennoch scheint sich das Bild vom bequemen und familienfreundlichen Halbtagsjob mit voller Bezahlung hartnäckig selbst in den Köpfen von Studienbewerbern zu halten – mit durchaus fatalen Folgen.

In der „Potsdamer Lehrerstudie“ hatte ein Team von Wissenschaftlern des Instituts für Psychologie der Universität Potsdam unter der Leitung von Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt über sechs Jahre hinweg die gesundheitliche Belastung von mehr als 16 000 Pädagogen untersucht. Demnach ist der Alltag von rund 60 Prozent aller Lehrer durch einen hohen Anteil an Erschöpfung, Überforderung und Resignation gekennzeichnet. Wie kommt es dazu? Ein Grund könnte schlichtweg die falsche Berufswahl sein. Das zumindest legen die Ergebnisse einer Längsschnittstudie des Bildungsforschers Prof. Dr. Udo Rauin nahe. Der Frankfurter Wissenschaftler hatte mehr als 1 000 Lehramts-Aspiranten vom Studium bis zum Beruf begleitet und über die Jahre insgesamt viermal zu ihrer Wahl und Eignung befragt. Ein wichtiges Ergebnis: Die meisten der später „ausgebrannten“ Lehrer fühlten sich bereits im Studium überfordert und waren wenig engagiert. Der Wunsch, im Studium und im späteren Beruf in der Nähe des Heimatortes bleiben zu können, oder die Hoffnung auf ein überschaubares Studium und einen sicheren, familienfreundlichen Arbeitsplatz lagen im Vergleich mit anderen Motiven bei über 50 Prozent aller Befragten weit oben. Eine falsche Berufswahl aber kann fatale Auswirkungen auf die eigene Gesundheit haben aber auch auf die Schüler, die schließlich unter den belasteten Lehrern am stärksten zu leiden haben. Rauin empfiehlt deswegen unter anderem, mehr in die Beratung der Studienanfänger zu investieren. Dabei könnten manche ihre Studien- und Berufswahl noch einmal kritisch prüfen. Und die schleswig-holsteinische Bildungsministerin forderte bereits während ihrer Amtszeit als Präsidentin der Kultusministerkonferenz im Jahr 2006 Eignungstests für angehende Lehrer. Auch Lehrerverbände mahnen längst Handlungsbedarf an. So fordert der Deutsche Philologenverband die verstärkte Einführung von Eignungsfeststellungsverfahren für angehende Lehramtsstudenten, wie etwa verpflichtende Orientierungspraktika mit professioneller Beratung.

Ein „Selbsterkundungs-Check“ für alle, die mit dem Lehrerberuf liebäugeln, ist aus der Potsdamer Lehrerstudie entstanden. Der Deutsche Beamtenbund (dbb) hat diesen Test ins Netz gestellt. Aussagen wie „Ich kann Kränkungen gut wegstecken“, „Ich informiere mich umfassend über Gesellschaft und Politik“ oder „Mir fällt es leicht, andere zum Lachen zu bringen“ können dort auf einer fünfstufigen Skala von „Diese Aussage trifft überhaupt nicht auf mich zu“ bis „Diese Aussage trifft völlig auf mich zu“ beantwortet werden. Wie die angehenden Lehrer allerdings mit den daraus resultierenden Ergebnissen umgehen, bleibt ihnen überlassen.



Auch die Bundesagentur für Arbeit bietet einen ähnlichen Online-Test: „Bin ich als Lehrer geeignet?“ Und der gemeinnützige Verein CCT-Career Counselling for Teachers stellt auf seinen Webseiten ein Selbsterkundungs-Verfahren zur Verfügung, mit dem Studieninteressierte ihre persönlichen Voraussetzungen für das Lehrerstudium und den Lehrerberuf überprüfen können. Der Verein hat seinen Sitz am Institut für Unterrichts- und Schulentwicklung der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt in Österreich. Auch etliche Hochschulen in Deutschland arbeiten bereits an ähnlichen Instrumentarien.

Noch einen Schritt weiter geht die Universität Kassel seit diesem Wintersemester. Alle rund 700 Studierenden des ersten oder zweiten Semesters müssen sich im Seminar „Psychosoziale Grundkompetenzen im Lehrerberuf“ schriftlich über die Motive für ihre Studienwahl äußern. Es folgen Übungen, die vier Grundkompetenzen des Lehrerberufs zugeordnet sind: Selbstkompetenz, Handlungskompetenz, Sozialkompetenz und Systemkompetenz. Beobachtet werden die Teilnehmer von zwei Teamern, die jedem Studenten am Ende eine persönliche Rückmeldung über Auffälligkeiten geben und gegebenenfalls weitere professionelle Beratung empfehlen.

Was aber mit Lehramtsstudierenden passiert, die als problematisch eingeschätzt werden, bleibt offen. Wird ihnen weitere Hilfe zuteil, sollten ihnen Auflagen gemacht werden oder können sie ganz vom weiteren Studium ausgeschlossen werden? Diese Fragen sind in Kassel noch nicht geklärt.

Problematisch ist diesem Zusammenhang eine andere Tatsache: Bereits jetzt fehlen nach Berechnungen des Philologenverbandes 20 000 Lehrer an Deutschlands Schulen und die Situation wird sich in den kommenden Jahren wegen vieler anstehender Pensionierungen deutlich verschärfen. Es wird also eigentlich jeder Lehrer gebraucht – oder besser doch nur jeder, der wirklich für den Beruf geeignet ist?

## ■ AUSBILDUNG/QUALIFIKATION

### Brauchen wir wirklich mehr Akademiker ...

#### ... oder wird die Qualität der dualen Berufsausbildung unterschätzt?

■ Die letzte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ hat es wieder einmal belegt: Der Anteil der Studienanfänger und der Hochschulabsolventen je Jahrgang ist in den meisten OECD-Ländern in den vergangenen Jahren schneller gewachsen als in Deutschland. Muss daraus die Forderung abgeleitet werden: Deutschland braucht mehr Akademiker? Oder haben die Kritiker recht, die sagen, hier würden Birnen mit Äpfeln verglichen, weil in vielen anderen Ländern ein Großteil der beruflichen Bildung einfach nur an Schulen, Colleges und Universitäten verlagert wurde, während die Qualität der dualen Berufsausbildung in Deutschland diesen Ausbildungsgängen in nichts nachstehe? „Wir brauchen insgesamt mehr Studierende“, erklärt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, Andreas Storm (MdB). „Die Frage ist, ob extrem hohe Akademikerquoten Ausdruck eines guten Bildungssystems sind. Ich meine nein!“, kontert der Direktor des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen, Prof. Dr. Gerhard Bosch.

**Muss die Akademikerquote in Deutschland pauschal gesteigert werden?**

**Andreas Storm:** Aufgrund der demografischen Entwicklung gehen wir von einem steigenden Bedarf an Fachkräften aus – sowohl mit beruflicher als auch mit akademischer Bildung. Im internationalen Vergleich ist die Akademikerquote in Deutschland relativ niedrig – selbst wenn man dabei berücksichtigt, dass wir ein hervorragendes System der beruflichen Bildung haben.

Wir brauchen daher insgesamt mehr Studierende. Vor diesem Hintergrund ist es sehr erfreulich, dass die Studienanfängerzahlen in diesem Jahr um fast sieben Prozent gestiegen sind; über 39 Prozent eines Jahrgangs haben sich für ein Studium entschlossen. Das Ziel, die Studienanfängerquote auf 40 Prozent zu steigern, ist damit in greifbare Nähe gerückt. Dazu hat die Bundesregierung mit der BAföG-Erhöhung und dem Hochschulpakt entscheidend beigetragen.

**Prof. Dr. Gerhard Bosch:** Die Akademikerquote liegt in Deutschland gegenwärtig bei 21 Prozent und damit deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von 37 Prozent. Dies wird als entscheidender Wettbewerbsnachteil gesehen. Die Politik will den OECD-Durchschnitt erreichen. Dies ist ein unsinniges Ziel. Der „Exportweltmeister“ sollte sich in seiner Bildungspolitik nicht am Durchschnitt sondern an den Besten orientieren. Die Frage ist, ob extrem hohe Akademikerquoten Ausdruck eines guten Bildungssystems sind. Ich meine nein! In vielen Ländern sind die Akademikerzahlen künstlich aufgebläht, da es keine funktionierende Berufsausbildung mehr gibt. Wir sollten uns nicht an Quoten orientieren, sondern die Hochschulbildung gezielt in Bereichen ausbauen, wo Hochschulabsolventen fehlen, wie etwa bei den Ingenieuren.

**Droht die anspruchsvolle duale Berufsausbildung infolge der massiven Forderungen nach mehr Akademikern auf der Strecke zu bleiben?**

**Andreas Storm:** Rund zwei Drittel eines Jahrgangs beginnen derzeit eine Berufsausbildung im Dualen System. Dieser Weg der Qualifizierung ist wegen der guten Arbeitsmarktchancen unter den Jugendlichen ausgesprochen attraktiv – auch für viele junge Menschen mit einer Studienberechtigung. Die Wirtschaft braucht immer mehr akademisch ausgebildete Fachkräfte aus der Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Hier hat die Bundesregierung mit ihrer Qualifizierungsinitiative und der Ini-



PRO  
Andreas Storm



CONTRA  
Prof. Dr. Gerhard Bosch

tiierung des Bildungsgipfels von Bund und Ländern im Oktober in Dresden die richtigen Weichen gestellt – wir müssen alle Potenziale und Qualifizierungswege nutzen. Wir brauchen mehr Durchlässigkeit von der dualen Ausbildung über die berufliche Fortbildung bis in die Hochschulen hinein. Deshalb haben wir Aufstiegsstipendien für besonders begabte beruflich qualifizierte Menschen eingeführt. Der steigende

Bedarf an Hochqualifizierten ist aber nicht nur eine Frage der akademischen, sondern auch einer anspruchsvollen beruflichen Bildung.

**Prof. Dr. Gerhard Bosch:** Bildungspolitik wird in Deutschland parteiübergreifend fast nur noch von Akademikern betrieben, die vielfach die Bedeutung der Berufsausbildung nicht mehr begreifen. Dabei ist die gute Berufsausbildung das „Geheimnis“ der deutschen Wettbewerbsstärke. Bei uns werden eben nicht nur Blaupausen entwickelt, sondern sie werden mit Hilfe von Fachkräften auch wirkungsvoll umgesetzt. Unsere Meister, Techniker und Fachwirte sind den Bachelors in vielen Ländern fachlich weit voraus. Wir müssen sie deshalb als „Bachelor professionels“ gleichstellen.

**Wie sieht für Sie die zukünftige ideale Verteilung – Hochschulabsolventen, Absolventen der dualen oder schulischen Berufsausbildung aus?**

**Andreas Storm:** Eine solche Verteilung festzulegen, ist angesichts der wirtschaftlichen Dynamik und den sich wandelnden Anforderungen an die Beschäftigten in einer Volkswirtschaft weder machbar noch sinnvoll. Klar ist: Wir können unsere Wettbewerbsfähigkeit nur mit gut ausgebildeten und hoch qualifizierten Menschen sichern. Dafür brauchen wir alle Talente.

**Prof. Dr. Gerhard Bosch:** 2020 brauchen wir etwa 24 Prozent Hochschulabsolventen, 12 Prozent Meister und Fachwirte, 55 Prozent mit Berufsabschluss und 9 Prozent Ungelernte. Heute verlassen aber rund 16 Prozent eines Jahrgangs das Bildungssystem ohne Abschluss. Diese Quote müsste auf 9 Prozent gesenkt werden. In der deutschen Elite- und Exzellenzorientierung ist offensichtlich kein Platz für ein so profanes Ziel.

## ■ WEITERBILDUNG / BERATUNG

# Über Pflicht und Freiwilligkeit bei Weiterbildung diskutieren

Interview mit Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nuissl von Rein

■ Schule, eine Berufsausbildung und bis zum Rentenalter derselbe Beruf: Solche Biografien, die noch vor wenigen Jahren selbstverständlich waren, sind heute eher die Seltenheit. Denn eine berufliche Erstausbildung genügt kaum mehr den Ansprüchen der Berufswelt. Technische und globale Entwicklungen generieren einen immer größeren Weiterbildungsbedarf. Wird lebenslanges Lernen also zur Pflicht? Und stimmen vollmundige Bekundungen der Politik über den hohen Stellenwert der Weiterbildung mit der Realität und dem Engagement des Staates überein? Fragen an den Direktor des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung, Prof. Dr. Dr. h.c. Ekkehard Nuissl von Rein.

Herr Professor Nuissl von Rein, Ihr Institut forscht, wie es um die Weiterbildung in Deutschland – und auch weltweit – steht. Ist die Weiterbildung in Deutschland gut aufgestellt oder müssen wir noch viel von anderen Ländern lernen?

**Ekkehard Nuissl von Rein:** Wir hatten kürzlich eine internationale Veranstaltung zum Thema Illiteracy, also Analphabetismus, und da konnten wir sehen, dass wir in Deutschland jetzt zwar endlich ein Programm zur Alphabetisierung haben, das auch gut dotiert ist, aber dass Länder wie England und Irland uns sowohl von der Zeit her – sie haben früher angefangen – als auch von den Anstrengungen deutlich voraus sind. Anfang des Jahres haben wir eine Analyse zu allen Aspekten der Weiterbildung gemacht und 25 Trends festgestellt. Einer dieser Trends ist die Tatsache, dass wir seit zehn Jahren in Deutschland ein sinkendes Budget für die Weiterbildung haben, und zwar um zehn Prozent in diesen zehn Jahren. Und das, obwohl alle Welt mindestens genauso lange schon sagt, Weiterbildung ist der Zukunftsbereich. Dabei sinken nicht nur die staatlichen Mittel sondern auch das Engagement der Unternehmen und Privatpersonen ist zurückgegangen. Also: Natürlich können wir von anderen Ländern lernen. Es gibt aber auch Felder, bei denen wir besser sind als andere Länder, zum Beispiel in der Struktur der Volkshochschulen – das macht uns in Europa keiner nach.

Der Begriff „lebenslanges Lernen“ hat Hochkonjunktur. Nach der schulischen und beruflichen Erstausbildung muss also – lebensbegleitend – die Weiterbildung folgen. Lässt sich das unter den von Ihnen geschilderten Umständen überhaupt gewährleisten?

**Ekkehard Nuissl von Rein:** Eigentlich nicht. Da entsteht eine immer größer werdende Lücke zwischen dem Anspruch, also der Betonung der Wichtigkeit, einerseits und der Realität andererseits. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Ich war auch sehr gespannt, was der Bildungsgipfel in Bezug auf die Weiterbildung bringen würde und war wie viele andere auch sehr enttäuscht, weil der Staat auf diesem Gipfel überhaupt keine erkennbaren und greifbaren Summen genannt hat, die er in die Weiterbildung investieren will.

In Deutschland gibt es ja sogar eine Pflicht zur Weiterbildung. Für Zuwanderer nämlich, die einen Sprachkurs absolvieren müssen. Ist eine solche Weiterbildungspflicht auch für andere Zielgruppen und Zielsetzungen denkbar oder gar sinnvoll?

**Ekkehard Nuissl von Rein:** Der Druck auf die Menschen, das lebenslange Lernen zu praktizieren, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Und ich denke schon, dass eine Diskussion von Zwang und Freiwilligkeit im

Bereich des Lernens Erwachsener sehr sinnvoll ist, damit man sieht, welcher moralische und kollektive Druck auf jedem Einzelnen liegt, sich weiterzubilden. Zu einer Pflicht in absehbarer Zeit wird es nicht kommen und sollte es nicht kommen, schon allein deswegen nicht, weil man die Sanktionen nicht hat. Man kann ja die Deutschen nicht aus dem Land weisen, weil sie sich nicht weiterbilden. Aber man muss darüber nachdenken, was real geschieht. Ich finde, es ist eine Augenwischerei, so zu tun, als hätten wir die gleiche Situation wie

in den 50ern oder 60ern, als in Sachen Weiterbildung jeder machen konnte, was er wollte. Die Arbeitgeber gucken heute sehr genau, ob sich die Leute fortbilden. Ich finde es nicht in Ordnung, wenn man sagt, ‚Du musst Dich lebenslang bilden‘ und gleichzeitig die Unterstützung dieses sich Bildens – etwa durch Finanzierung der Angebote oder auch durch steuerliche Absetzbarkeit für den Einzelnen – versagt.

Die Ergebnisse der PISA-Studien machen offensichtlich eins deutlich: Die Schule entlässt Menschen mit Bildungsdefiziten. Es muss also ein funktionierendes System nachschulischer Bildung geben, bei dem

nachgeholt werden kann, was bis dahin nicht erreicht wurde: Grundbildung, Schulabschlüsse, Alphabetisierung. Wie stellt sich die Weiterbildung dieser Aufgabe?

**Ekkehard Nuissl von Rein:** Eine der Grundideen bei Weiterbildung als staatliche Aufgabe ist immer auch die Idee gewesen, Weiterbildung könnte mangelnde Lernleistungen aus der Schule auffangen und kompensieren. Das hat, wenn man alle Statistiken und Zahlen richtig liest, in den ganzen Jahren, seitdem dies untersucht wird, noch nie geklappt. Die Weiterbildung hat immer die gut Gebildeten noch besser gebildet und die schlechter Gebildeten nicht erreicht. Das heißt, sie hat die Schere zwischen gut Gebildeten und weniger gut Gebildeten eher geöffnet als geschlossen. Das ist extrem bitter und für diejenigen, die diese Kompensationsfunktion der Weiterbildung als wichtig einschätzen, ein Menetekel an der Wand. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Weiterbildung, wie sie zurzeit aufgestellt ist, diese PISA-Defizite tatsächlich institutionell und strukturell beseitigen kann. Da müsste sehr viel mehr geschehen, es müssten entsprechende Investitionen in die Weiterbildung getätigt werden auch staatlicherseits, damit sie entsprechend aktiv werden kann. Im Moment kann ich das nicht sehen.

Wird die Weiterbildung trotzdem mittel- und langfristig im gesamten Bildungssektor an Bedeutung gewinnen?

**Ekkehard Nuissl von Rein:** Auf jeden Fall! Es gibt objektiv überhaupt keinen Zweifel daran, dass es so sein muss und so sein wird. ►



Sie hat ja in der Vergangenheit auch unentwegt an Bedeutung gewonnen. In den 50er Jahren gab es einmal eine Befragung, was die Bevölkerung eigentlich von der Erwachsenenbildung hält und da sagten ungefähr vier Fünftel der Befragten ‚So ein Quatsch, die müssen schon ziemlich schlecht drauf sein, wenn sie Weiterbildung brauchen‘, und heute sind die Befragungsergebnisse genau umgekehrt. Heute sagen vier Fünftel der Bevölkerung, ‚Wenn einer keine Weiterbildung macht, muss er schon ziemlich daneben sein‘. Das gesamte gesellschaftliche Klima heißt inzwischen: Weiterbildung muss sein, Weiterbildung ist wichtig, Weiterbildung machen wir auch gern. Und die Voraussetzung dafür, dass dieser

Bereich sich weiterentwickelt, ist schon deshalb gut. Gut ist die Voraussetzung auch deshalb, weil im Weiterbildungsbereich eine Menge unglaublich engagierter und aktiver Menschen mit unglaublich guten Ideen arbeiten. Ich bin immer wieder erstaunt, unter welchen Bedingungen diese Leute arbeiten, wie kreativ, innovativ und engagiert sie trotz alledem sind. Das ist genial! Mir ist um die Zukunft der Weiterbildung überhaupt nicht bange. Nur, wenn man bestimmte gesellschaftliche Funktionen von ihr erwartet, die über das hinausgehen, was sie im Moment schon in hohem Maße leistet, dann muss man einfach mehr investieren.

## ■ SONDERTHEMA

### Mehr MINT bitte

#### Nach wie vor zu wenige Lehrer, Fachkräfte und zu viele Studienabbrecher

■ Es weckt Farbassoziationen und lässt einen an Pfefferminz denken, das Wort, das bei keiner Bildungsdiskussion mehr fehlen darf: MINT. Die Abkürzung steht für „Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik“. Disziplinen, deren Förderung seit nahezu zehn Jahren ganz oben auf der Agenda bei Politik und Wirtschaft steht. Seitdem versucht eine Vielzahl von Initiativen und Projekten – vom Kindergarten bis zur Hochschule – Begeisterung für diese Fächer zu wecken. Trotzdem ist die Situation so dramatisch wie kaum zuvor: In der deutschen Wirtschaft gibt es derzeit rund 150 000 offene Stellen für Ingenieure, Informatiker und Naturwissenschaftler, die nicht besetzt werden können. Die Abbruchquote der Studierenden in diesen Fächern bleibt weiterhin ebenso alarmierend hoch wie der Mangel an ausgebildeten Lehrern.

„Das Bildungssystem ist heute nicht in der Lage, den Bedarf der Hightech-Industrie an hoch qualifizierten Fachkräften zu decken“, warnte der Präsident des Hightech-Verbands BITKOM, Prof. August-Wilhelm Scheer, im Oktober. „Durchgehenden Technik- und Informatikunterricht in der Grundschule und der Sekundarstufe!“ forderte er deshalb gemeinsam mit dem Präsidenten des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI), Prof. Bruno O. Braun. Bislang bieten lediglich Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt das Unterrichtsfach Technik an.

Dabei wurden in den vergangenen Jahren so viele MINT-Förderprojekte wie noch nie gestartet. Und zwar keineswegs erfolglos. So belegen etwa zwei Studien des Leibniz-Instituts für die Pädagogik der Naturwissenschaften in Kiel, dass bei Schülern durch den Besuch der Schülerlabore das Interesse an Naturwissenschaften steigt und sich ihre Einstellung gegenüber den Fächern ändert. Immerhin 300 000 Jungen und Mädchen pro Jahr forschen in den so genannten Schülerlaboren gemeinsam mit Wissenschaftlern an Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in Unternehmen. Und im NaT-Working Programm der Robert-Bosch-Stiftung haben seit dem Jahr 2000 rund 900 Lehrer und 50.000 Schüler zusammen mit 200 Wissenschaftlern eigenständiges Lernen an realen Forschungsobjekten organisiert und daraus Handreichungen für Lehrer erarbeitet. Große Erfolge feierte außerdem das 1998 von der damaligen Bund-Länder-Kommission (BLK) als eines der größten unterrichtsbezogenen Entwicklungsprogramme in Deutschland gestartete „SINUS-Projekt“ (Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts). Gemeinsam mit Lehrern entwickelten Wissenschaftler dort neue Unterrichtsformen. Nicht mehr Frontalunterricht, Kästchenrechnen und Stillarbeit standen im Mittelpunkt, sondern individuelle Förderung in einem handlungsorientierten Unterricht.

Bei all den Anstrengungen müssen die Zahlen der jüngsten HIS Untersuchung wie Hohn klingen. Nach wie vor, so ist dort zu lesen,



zeichnet sich der Studienabbrecheranteil in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften durch einen anhaltend hohen Wert aus und liegt, wie bei den Studienanfängern von Ende der neunziger Jahre, auch jetzt bei 28 Prozent. Entmutigend sind auch die Ergebnisse einer Befragung der Hochschule Esslingen. Im Wintersemester 2007/08 wusste nur gut die Hälfte der Erstsemester auf die Frage „Was ist zwei hoch minus drei?“ die richtige Antwort (sie lautet 0,125). Noch vor 20 Jahren waren es 70 Prozent. In den Mathematikübungen mit Studienanfängern fielen weitere Defizite auf, so zum Beispiel die totale Abhängigkeit vom Taschenrechner bereits bei einfachsten Rechnungen, eine naive Formelgläubigkeit vor allem in der Physik und ein rezeptartiges Anwenden von Regeln, ohne dabei die Hintergründe zu kennen.

Die haben sie möglicherweise gar nicht kennenlernen können, weil bundesweit gerade in diesen Fächern Lehrer Mangelware ►

sind. Erst kürzlich hat deswegen der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes, Heinz-Peter Meidinger, rasches Handeln der Bundesländer eingefordert. Sein Vorschlag: Die Referendarsgehälter für angehende Lehrer sollten deutlich angehoben werden, außerdem sollte ein Stipendienfond den Lehr- amtsbewerbern aus dem MINT-Bereich Zuschüsse zum Referendariat gewähren.

Auch die Deutsche Telekom Stiftung will die Lehrerausbildung fördern. Sie setzt allerdings mit ihrer Initiative auf die Unterstützung der Hochschulen, die Lehrer in den MINT-Fächern ausbilden. Mit insgesamt fünf Millionen Euro will die Stiftung an den Hochschulen inhaltliche und strukturelle Verbesserungen anstoßen und damit deren Profilierung in der MINT-Lehrerbildung stärken. Die Ausschreibung ist Mitte November 2008 gestartet.

Viele neue „MINT“-Lehrer braucht also das Land, damit diese Fächer durchgängig und nicht – wie häufig noch – nur epochal angeboten werden. „Die Erfahrungen der Besten zu kopieren, ist keine Schande, sondern eine Notwendigkeit. Im Klartext heißt das: mehr Zeit für Naturwissenschaften, kein Abwählen von Mathematik und Naturwissenschaften“, kommentierte Professor Dr. Wolfram Koch, Geschäftsführer der Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh), jetzt die Ergebnisse des PISA-Ländervergleichs mit Blick auf Sachsen. Dort nämlich beträgt der Anteil der MINT-Fächer am Gesamtunterricht in allen Schularten mehr als 30 Prozent. Sachsen hat zudem seit dem Schuljahr 2008/09 als einziges Bundesland eine verpflichtende Belegung der drei Naturwissenschaften Physik, Chemie

und Biologie in der gymnasialen Oberstufe festgeschrieben.

Doch nicht nur die Quantität des Unterrichts ist entscheidend, es geht vor allem auch um die Qualität. Einen wichtigen Beitrag dazu können Bildungsmedien und Lehrmittel für den naturwissenschaftlichen Unterricht leisten. Gerade für diese Fachgebiete haben die Schulbuchverlage in den letzten Jahren komplett neue Lehrwerke entwickelt und sie mit CD-ROMs oder zusätzlichen Internetangeboten multimedial angereichert. Dort tragen virtuelle Experimente, Videos und Bilder zum Verständnis naturwissenschaftlicher Zusammenhänge bei und unterstützen selbstständiges Erarbeiten und Experimentieren. Insbesondere die vielen spannenden Experimente sind es schließlich, die Naturphänomene veranschaulichen und die Schüler in ihren Bann ziehen. Ermöglicht werden sie durch die Zusammenstellungen für Schülerversuche der Lehrmittelhersteller, die bereits vielerorts den Unterricht bereichern. „Den Forschergeist der Kinder schon früh zu fördern und über ihre gesamte Bildungsbiografie zu erhalten, ist ein Ziel, das sich die Unternehmen der Bildungswirtschaft gesetzt haben. Dafür investieren sie in großem Maße in die Produktentwicklung, die stets Anregungen aus der Praxis und neueste Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigt“, erklärt dazu Reinhard Koslitz, der Geschäftsführer des Didacta – Verbandes der Bildungswirtschaft. Insgesamt also gute Voraussetzungen, die langfristig doch noch dazu führen könnten, dass mehr Schüler und Studenten sich für die MINT-Fächer begeistern und das Thema in weiteren zehn Jahren seine Brisanz verloren hat.

## didacta 2009 in Hannover – Bildungsgipfel im Flachland

Vom 10. bis 14. Februar 2009 findet zum zehnten Mal die „didacta - die Bildungsmesse“ statt. Sie ist die zugleich die größte zentrale Weiterbildungsveranstaltung für Lehrer, Erzieherinnen, Ausbilder und Weiterbildner und deckt alle Bildungsbereiche ab. Die Aussteller warten mit neusten Lernmaterialien, Lernkonzepten und Lernumgebungen auf, in den Foren wird der Fokus auf aktuelle Entwicklungen und Visionen, aber auch auf strittige Themen, gelegt. Für Journalisten bietet die didacta die einmalige Chance, mit den führenden Bildungsexperten aus Wissenschaft, Praxis, Wirtschaft und Politik ins Gespräch zu kommen.

Mit den drei Ausgaben des didacta Themendienstes werden die Medien über die neuesten Themen und Entwicklungen rund um die didacta 2009 in Hannover informiert. Selbstverständlich können alle Texte kostenfrei für die Berichterstattung genutzt werden. Die nächste Ausgabe des didacta Themendienstes erscheint Mitte Januar 2009 und die dritte Ausgabe – dann auch als Printversion – in der letzten Januarwoche.

### Veranstaltungshinweise zu den Themen dieser Ausgabe

- „Gemeinsam für veränderte Anforderungen – was bietet die Akademisierung der Ausbildung?“ heißt eine Expertenrunde mit Fachhochschul-Absolventinnen und Professoren am Dienstag, 10. Februar im Congress Centrum.
  - Über gelungene Integrationsprojekte informieren die Veranstaltungen „Eine Schule für alle“ im Forum didacta aktuell am Dienstag, 10. Februar 2009 und „Sonderpädagogische Förderung in der Grundschule am Beispiel der Region Hannover Nordwest“ am Freitag 13. Februar 2009 im Forum Unterrichtspraxis.
  - Die „Digitale Schulbank“ wird am Mittwoch, 11.02.2009 im Forum Unterrichtspraxis präsentiert.
  - Das Symposium „IT-Kompetenz in MINT-Berufen: die vierte Kulturtechnik“ am Donnerstag, 12. Februar 2009 sowie die Podiumsdiskussion „MINT Zukunft schaffen“ und die Präsentation des Projekts „Wissenschaft in die Schulen!“ am Samstag, 14. Februar 2009 haben MINT zum Thema.
- Ausführliche Programminformationen finden Sie unter: [www.didacta-hannover.de](http://www.didacta-hannover.de)

### IMPRESSUM

Textbeiträge dieses Themendienstes sind zur Veröffentlichung freigegeben. Fotos auf Anfrage. Download unter [www.didacta-hannover.de](http://www.didacta-hannover.de) oder [bildungsklick.de/didacta](http://bildungsklick.de/didacta). Dort gibt es auch weitere Informationen und Bilder. **bildungsklick.de im Auftrag der Deutschen Messe AG, Hannover, des Didacta Verbandes e.V., Darmstadt und des VdS Bildungsmedien e.V., Frankfurt am Main** Redaktionsbüro Diehl, Adolfstraße 26, 49078 Osnabrück, Tel. 0541 48416, [info@bildungsklick.de](mailto:info@bildungsklick.de) Gestaltung: bvw Werbeagentur, Osnabrück | Fotos: [bikl.de](http://bikl.de), Deutsche Messe Hannover, Bundesarbeitsgemeinschaft Gemeinsam leben – gemeinsam lernen, E. Scholz, Ansprechpartnerin für die Presse: Andrea Staude, Pressesprecherin, Deutsche Messe AG, Messegelände, 30521 Hannover, Tel. 0 511 89-31015, Fax 0 511 89-32692, [andrea.staude@messe.de](mailto:andrea.staude@messe.de), [www.messe.de](http://www.messe.de)